

INLAND

David McAllister (CDU), niedersächsischer Ministerpräsident, hat seine Partei zu einer Neuausrichtung ihrer Sozialpolitik aufgefordert. Die Frage einer angemessenen Bezahlung sei für die soziale Gerechtigkeit von zentraler Bedeutung und müsse daher für die CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft ein zentrales Thema sein, sagte er der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom Samstag. Auf ihrem Bundesparteitag im November könne sich die CDU „sozial- und wirtschaftspolitisch weiterentwickeln“. *AFP*

Ministerpräsident Horst Seehofer will in wenigen Tagen einen Nachfolger für den bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon (beide CSU) präsentieren. Er werde bis Allerheiligen, also kommenden Dienstag, eine Entscheidung treffen, sagte Seehofer der „Passauer Neuen Presse“. Fahrenschon hatte angekündigt, sein Amt niederzulegen und am 30. November für das Amt des Sparkassen-Präsidenten zu kandidieren. Seehofer bedauerte den Rückzug Fahrenschons: „Er ist ein profiliertes Mann“, sagte Seehofer. Daher habe er auch versucht, Fahrenschon zu halten. *dpa*

Die Bahn darf per Gericht gestoppte Bauarbeiten für das Stuttgart-21-Projekt doch fortsetzen. Das Eisenbahn-Bundesamt erließ am Freitag eine entsprechende Erlaubnis, wie die „Stuttgarter Nach-

richten“ am Samstag berichteten. Eigentlich hatte der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg Anfang Oktober die Bauarbeiten für das sogenannte Grundwasser-Management am geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21 gestoppt. Die Umweltschutzorganisation BUND kündigte an, mit einem Eilantrag gegen die Entscheidung vorgehen zu wollen. *dpa*

Die Occupy-Bewegung in Frankfurt am Main schwächt sich ab. Bei einer Demonstration am Samstag schätzte die Polizei die Zahl der Teilnehmer auf 1500. Das sind etwa 1000 Personen weniger als am Wochenende zuvor. Zum ersten Protestmarsch vor zwei Wochen waren noch etwa 5000 Menschen gekommen. Das Camp von „Occupy Frankfurt“ vor der Europäischen Zentralbank bleibt hingegen zwei Wochen länger stehen als geplant. Eigentlich sollte es an diesem Wochenende abgebaut werden. *dapd*

Zwei bewaffnete Männer haben in der Nacht zum Samstag ein Taxi aus Berlin nach Schleswig-Holstein entführt. Die Männer waren gegen 2.30 Uhr in das Taxi gestiegen und hatten den 61 Jahre alten Fahrer mit einer Schusswaffe bedroht, teilte die Polizei mit. Erst sieben Stunden später konnte der Fahrer auf einem Rastplatz an der A7 flüchten. Die Polizei fasste die Täter, zwei Polen, im Kreis Rendsburg-Eckernförde. *dpa*

Gilad Schalit hat im Gazastreifen modische Spuren hinterlassen. Fünf Jahre und vier Monate war der israelische Soldat dort in Geiselhaft. Aber niemand bekam ihn bis zum vorletzten Dienstag zu Gesicht, als ihn die Hamas in einem Gefangenenaustausch freiließ. Während seines ersten Interviews mit dem ägyptischen Fernsehen trug der blasse und sichtlich abgemagerte Israeli dann ein kariertes Hemd mit schwarzem Kragen. Seitdem können die Kleidergeschäfte in Gaza angeblich die Nachfrage nach ähnlichen Hemden kaum noch befriedigen. Der Preis verdreifachte sich innerhalb weniger Tage. Mittlerweile gibt es das „Schalit-Shirt“ in verschiedenen Farben. Im Internetportal Facebook stellen Palästinenser mit dem Hemd das Foto nach, auf dem Schalit sein erstes Telefongespräch mit seiner Familie führte. *bcr*



Gilad Schalit

Dass die baskische Untergrundorganisation **Eta** in Zukunft auf Gewalt verzichten will, wie sie es vor zehn Tagen der Welt angekündigt hat, will ihr der Großteil der Spa-

KLEINE BRÖTCHEN
Wulff will keine Denkfabrik

Und: Warum ehemalige Eta-Mitglieder schon bald Gazpacho und Gambas al ajillo auf-tischen könnten



Eurorettung, Internetzukunft: Viele Abgeordnete sind bei komplexen Themen überfordert

nier noch nicht so recht glauben. In einer Umfrage der Zeitung „El País“ gaben 53 Prozent der befragten Spanier an, sie meinten nicht, dass der Terror von Eta nun definitiv beendet sei. 77 Prozent sagten immerhin, sie hätten sich über die Ankündigung der Terroristen ge-

freut. Ganz begeistert und aus dem Häuschen war aber offenbar der spanische Star-Koch José Andrés. Der verlaunbarte nämlich prompt am Montag per Twitter, er wolle alle verlorenen Schäfchen bei sich am heimischen Herd aufnehmen. „Wenn ein Eta-Mitglied Arbeit sucht – ich gebe ihm welche. Legt eure Waffen nieder. Und nur ein Wort: Entschuldigung. Das Schwerste liegt hinter euch. Handelt. Danke“, lautete seine Nachricht. *wibe*

In den internen Mitteilungen des irischen Außenministeriums, das seit diesem Jahr **Eamon Gilmore** untersteht, fand sich jüngst die Stellenausschreibung für den Botschafterposten in Bratislava. Interessierte Mitglieder des Auswärtigen Dienstes entnahmen der offiziellen Mitteilung, dass weder die Besoldungshöhe noch der Dienstrang für den fraglichen Posten, der Anfang nächsten Jahres zu besetzen ist, zum gegenwärtigen Zeitpunkt feststehe. Diese hingen von den Sparzwängen des nächsten Staatshaushalts ab. „Es ist festzuhalten, dass der Inhaber der Position künftig nicht mehr mit einer offiziellen Residenz, Haushaltshilfen, Chauffeur oder Dienstwagen rechnen kann, sobald laufende Verträge beendet sind“, heißt es am Ende der Stellenofferte. Das irische Außenministerium hat sich seit Monaten gegen Haushaltskürzungen gewehrt, die den Anschein einer „falschen Wirtschaftlichkeit“ wecken würden – zuvor hatte ein Gutachten über den öffentlichen Dienst in Irland empfohlen, die Zahl der Auslandsvertretungen von 76 Standorten auf 55 zu reduzieren. Das irische Auswärtige Amt war nicht einverstanden mit solchen drastischen Maßnahmen: Ohnehin sei die irische Präsenz im Ausland bescheidener als die vergleichbarer Länder, etwa Österreichs oder der skandinavischen Staaten. Dass nun ausgerechnet die slowakische Botschaft als erste Auslandsvertretung zu einem Ein-Mann-Betrieb schrumpft, demonstriert die Ernsthaftigkeit der irischen Versuche,

die Finanzkrise zu überwinden, immerhin in jenem Euro-Mitgliedsland, das dem Rettungsfonds für die gemeinsame Währung am zögerlichsten zustimmte. *Lt*

Reinhard Kardinal Marx hat ein Problem. Als Bischof der Erzdiözese München und Freising ist er mit mehr als dreizehn Prozent am Medienkonzern „Weltbild“ beteiligt, und der ist ins Ziellicht geraten. Das Angebot des Unternehmens, das komplett der katholischen Kirche gehört, umfasst nämlich neben christlicher auch Erbauungsliteratur ganz anderer Art. So gibt es beispielsweise die Bücher der Reihe „Anwaltshure“ und Romane mit Titeln wie „Vögelbar“, „Nimm mich!“ und „Mach mich geil!“ Ebenfalls im Angebot sind homoerotische Werke wie „Vaters böser Schatten“ und „Touch me, Coach“. Die Deutsche Bischofskonferenz hat als Reaktion auf den empörten Aufschrei ihrer Gläubigen nun beschlossen, den Vertrieb pornographischer Bücher über „Weltbild“ zu unterbinden. Der geneigte Leser kann sich „Sag Schlampe zu mir“ dann direkt beim Verlag Droemer Knauer be-



Vögel

stellen. Der gehört zu 50 Prozent der katholischen Kirche. *okü*

Im Bundespräsidialamt wird derzeit nicht gedacht. Jedenfalls nicht durch eine Denkfabrik. Denkfabriken, nach dem angelsächsischen Vorbild der „Thinktanks“, sind das moderne alkohol- und rauchfreie Pendant zu Hinterzimmer-Redaktionen. Sie werden gern besucht von selbsternannten Zukunftsforschern, aber etwa auch vom Ex-Verteidigungsminister **Karl-Theodor zu Guttenberg**, der es gerade zum Mitglied eines amerikanischen Thinktanks geschafft hat. Auch Bundespräsident **Christian Wulff** hat hier Erfahrung. So soll ihm einst bei „Wasser und Häppchen“ die Denkfabrik „Future Minds“ bei der Wahl zum niedersächsischen Ministerpräsidenten geholfen haben. Als Bundespräsident hatte Wulff angekündigt, wieder eine Denkfabrik einrichten zu wollen. Doch wozu? Den Ton zum 20. Jahrestag der Einheit hatte **Joachim Gauck** vorgegeben, und der **Papst** wurde von Bundestagspräsident **Norbert Lammert** eingeladen. Hier musste nur reagiert, aber nicht gedacht werden. Folgerichtig hat das Bundespräsidialamt die Bewerbungen von Mit-Denkern nun mit der Begründung abgewiesen, „dass mittlerweile entschieden wurde, die ‚Denkfabrik‘ in dieser Form nicht weiterzuführen“. *ant*



Denkt er, oder denkt er nicht? Bundespräsident Christian Wulff Foto Rainer Unkel

ANZEIGE

Bundeskanzlerinnenamt
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin
Mitglied des Deutschen Bundestages
Postanschrift Willy-Brandt-Straße 1 10557 Berlin

To-do-Liste (Angela)
- dringend zu erledigen -

1. Atomausstieg
2. Euro-Rettungsschirm (EFSF) verabschieden
- 3. Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von
- !!! Arbeitsbekämpfung, Entwicklung & Klimaschutz einführen
4. Geburtenrückgang abbremsen?
5. Flughafengebühren einführen
6. Zwei Karten festgelegte Bspreise

→ Ell! 200.000 Bürger/innen drängen darauf!

MISEREOR IHRE HILFswerk
ONE
adveniat 50 Jahre
APPELL VERMÖGENDER FÜR EINE VERMÖGENSABGABE
Bank für Kirche und Caritas eG
weed
Oxfam Deutschland
care
EthikBank FAIRES GELD
GLS Bank das macht Sinn
missio glauben leben geben
GERMANWATCH
Brot für die Welt
SPD
JUSTITIA ET PAX
STEUERGEGENARMUT

V.i.S.d.P. Paul Bendix, Oxfam Deutschland e.V., Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin

AUSLAND

Syrische Truppen haben am Samstag mit dem Einsatz von Panzern ihre Offensive bei dem Protesthochburg Homs fortgesetzt. Die Menschenrechtsgruppe Syrian Observatory teilte mit, drei Zivilisten seien durch Scharfschützen oder Maschinengewehrfeuer erschossen worden. Die Arabische Liga sah sich zu ihrer bislang schärfsten Reaktion veranlasst. In einem Schreiben an die syrische Führung habe sie „ihre hohe Unzufriedenheit wegen der anhaltenden Tötung syrischer Zivilisten“ zum Ausdruck gebracht, teilte die Liga mit. *Reuters*

Israel ist am Samstagabend nach Angaben des Militärs von mindestens drei Raketen und drei Granaten aus dem Gazastreifen getroffen worden. Zuvor waren bereits drei Grad-Raketen in verschiedenen Städten des Landes eingeschlagen. Die Gruppe Islamischer Dschihad

bezeichnete sich der Taten. Stundgen zuvor waren fünf Mitglieder der Organisation bei einem israelischen Luftschiess in Rafah im Süden des Gazastreifens getötet worden. Darunter war nach Angaben der Gruppe ihr ranghohes Mitglied Ahmed Scheik Khalil. *dpa*

In der Türkei sind bei einem Selbstmordanschlag im Südosten zwei Menschen getötet worden. Zwölf Menschen wurden bei der Explosion verletzt. Die Tat ereignete sich auf einer belebten Hauptstraße in der vorwiegend von Kurden bewohnten Stadt Bingöl, teilte der Gouverneur der Provinz mit. *dapd*

Nach dem Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Bosnien-Herzegowina am Freitag hat die Polizei in Serbien 17 mutmaßliche Isla-

misten vorübergehend festgenommen. Nach Angaben der Polizei vom Samstag haben die Verdächtigen möglicherweise Kontakt mit dem Attentäter gehabt. Nach einer Vernehmung wurden alle wieder auf freien Fuß gesetzt. *dapd*

Der neue irische Präsident Michael Higgins von der Labour-Partei hat angekündigt, er wolle „ein Präsident für alle Iren“ sein. Der nordirische Sinn-Fein-Politiker Martin McGuinness, der mit demselben Slogan Wahlkampf machte, erreichte in der Direktwahl nur den dritten Platz, der Unternehmer Sean Gallagher kam auf Platz zwei. Der Dichter Higgins, der in den neunziger Jahren Kulturminister war, bekam 56,8 Prozent der Stimmen, wie die Wahlkommission am Samstag in Dublin bekanntgab. Der irische Präsident hat vor allem repräsentative Aufgaben. *Lt*